



EUROPA-AKTUELL

Reimer Böge

Mitglied des Europäischen Parlaments

Januar 2012



Sehr geehrte Leserinnen und Leser,
mit dem neuen Jahr hat es einige personelle Veränderungen in den europäischen Institutionen gegeben. So traten im Einklang mit dem Lissabon-Vertrag 18 neue Abgeordnete aus zwölf Ländern ihr Mandat im Europäischen Parlament an. Die Mitgliederzahl wächst damit auf 754. Anlässlich des Endes der ersten Hälfte der Wahlperiode (2009-14) wurden im Januar außerdem alle Parlaments- und Fraktionsgremien neu gewählt. Ich selbst werde wie bisher dem Haushaltsausschuss angehören. Außerdem wurde ich von meinen Kollegen als Mitglied des Vorstands der deutschen CDU/CSU-Gruppe bestätigt. Bei den Präsidentschaftswahlen des Parlaments wurde der deutsche SPD-Abgeordnete Martin Schulz zum neuen Parlamentspräsidenten gewählt. Er tritt damit die Nachfolge des polnischen Konservativen Jerzy Buzek an. Schulz, der als Vorsitzender der sozialdemokratischen Fraktion für seine wortgewaltige und streitlustige Art bekannt war, hat angekündigt, dem Parlament eine starke Stimme zu verleihen und die Interessen der Bürger zu verteidigen.

Im Europäischen Rat hat Dänemark von Polen turnusgemäß den Vorsitz übernommen. Die von der europaerfahrenen Premierministerin Helle Thorning-Schmidt geführte Regierung hat ein ambitioniertes Arbeitsprogramm vorgelegt. Inwieweit dieses umgesetzt werden kann, hängt in großem Maße davon ab, wie es Europa gelingt, einen gemeinsamen Weg aus der Schuldenkrise zu finden. Mit der Verabschiedung wichtiger Gesetze zur Stärkung des Stabilitätspakts im Jahr 2011 wurde bereits eine wichtige Grundlage geschaffen. Diese Gesetze müssen nun in allen Ländern umgesetzt und durch weitere Regelungen zum Ausbau der wirtschafts- und haushaltspolitischen Überwachung ergänzt werden. Dabei muss jedoch eine angemessene parlamentarische Beteiligung sichergestellt werden. Eine solide Finanzlage bildet schließlich die Voraussetzung für eine nachhaltige Stabilisierung der Lage in den Krisenländern und damit die Rückgewinnung des Vertrauens der Märkte.

Das Jahr 2012 birgt also viele Herausforderungen. Wir müssen es jedoch auch als Chance begreifen, Europa nachhaltig zu stärken.

Ihr Reimer Böge



Bild 1: Reimer Böge mit dem CDU-Landtagsabgeordneten Heiner Rickers, Hans-Peter Witt und Wolfgang Stapelfeldt vom Bauernverband SH sowie Dr. Klaus Drescher von der Landwirtschaftskammer SH auf dem Podium einer gemeinsamen Veranstaltung des CDU-Gesprächskreises Agrar und der CDU-Europawerkstatt in Treia (25.11.2011)

(Foto: Büro Böge)



Bild 2: Reimer Böge mit Kaare Barslev, Referent der dänischen ständigen Vertretung bei der EU, im Hanseoffice bei einer Veranstaltung zur dänischen Ratspräsidentschaft (28.11.2011)

(Foto: Büro Böge)

Ausgewählte Themen der letzten Plenartagungen in Straßburg/ Brüssel:

Abgeordnete kritisieren Vorschläge zum zwischenstaatlichen Fiskalpakt

In einer fraktionsübergreifenden Fraktion brachten die Abgeordneten am 18. Januar 2012 ihre Bedenken hinsichtlich eines Fiskalpakts außerhalb der EU-Verträge zum Ausdruck. Das zwischenstaatliche Übereinkommen wird aktuell von den Mitgliedsstaaten mit Ausnahme von Großbritannien, das beim Ratsgipfel im Dezember 2011 seine Unterstützung verweigert hatte, verhandelt. Das EP kritisiert zum einen die Missachtung der Beteiligungsrechte der europäischen und nationalen Institutionen, insbesondere der nationalen und des EU-Parlaments, bei der Wirtschaftskoordination und –steuerung. Zum anderen schreibe das Abkommen die Spaltung der EU in ein Europa der zwei Geschwindigkeiten fest. Inhaltlich wird bemängelt, dass das Abkommen fast zur Lösung der Krise fast ausschließlich auf Sparmaßnahmen setze, anstatt alternative Finanzierungsmöglichkeiten inklusive Projektanleihen, einer Finanztransaktionssteuer und Stabilitätsanleihen aufzuzeigen. Weiterhin würde bereits versucht, einzelne Regelungen des Ende letzten Jahres verabschiedeten „Sixpack“ zur Haushaltsdisziplin abzuändern.

Das Parlament fordert die Begrenzung der Regelungen durch das Abkommen auf ein Minimum und die Überführung seiner Inhalte binnen fünf Jahren in die EU-Verträge, da eine echte Wirtschafts- und Steuerunion allein durch die Gemeinschaftsmethode verwirklicht werden könnten.

Phosphatfreie Spül- und Haushaltsmittel

Ab Januar 2013 dürfen nur noch Waschmittel mit einem Phosphatgehalt von maximal 0,5 Gramm je Maschinenfüllung genutzt werden. Für Geschirrspülmittel gilt die Grenze ab 2015, da es bisher nur wenige reinigungsstarke Mittel gibt, die den Grenzwert erfüllen. Ziel der Richtlinie, der die Abgeordneten im Dezember 2011 zugestimmt haben, ist die Verbesserung der Wasserqualität verbunden mit dem Schutz der Biodiversität, da Waschmittel nach der Landwirtschaft die größte Phosphatquelle in der EU ist. So erhöhen Phosphate zwar den Reinigungseffekt von Waschmitteln, da sie das Wasser weicher machen; durch ihre Zuleitung in Seen und Flüsse über das Abwasser beschleunigen sie jedoch das Algenwachstum. Damit wird dem Wasser der Sauerstoff entzogen, was zu Fischsterben führt.

Europäische Schutzanordnung für (potentielle) Opfer von Straftaten

Künftig behalten Opfer mit rechtlichem Schutzanspruch diesen Anspruch, wenn sie ihren Wohnsitz ins europäische Ausland verlagern. Die Einigung des Parlaments mit dem Rat garantiert Opfern von sexueller Gewalt, Entführung, Belästigung, Verfolgung oder versuchten Mordes sowie Menschen, deren Würde, persönliche Freiheit oder physisches, psychologisches oder sexuelles Wohlergehen gefährdet ist, geschlechtsunabhängig das Recht auf Polizeischutz. Die Richtlinie muss nun von allen Mitgliedsstaaten außer Dänemark und Irland, die sich nicht daran beteiligen, umgesetzt werden.

Verbraucherfreundliche Regelungen zur Etikettierung von Fruchtsäften

Wenn Fruchtsäfte aus mehreren Obstsorten bestehen oder ihnen Zucker(-ersatzstoffe) zugefügt wurde, muss dies künftig aus der Etikettierung klar hervorgehen. So muss ein Saft, der zu 90% Orangen- und zu 10% Mandarinsaft enthält, künftig „Orangen- und Mandarinsaft“ genannt werden. Der Begriff „Saftmischung“ kann ab drei Fruchtarten verwendet werden. Per Definition dürfen Fruchtsäfte auch keine Zucker oder Süßstoffe enthalten. Dies ist ein wichtiges Abgrenzungskriterium zu Nektaren, die aus Fruchtpüree und Wasser hergestellt werden. Nach der Zustimmung des Rats haben die Mitgliedsstaaten 18 Monate für die Umsetzung der neuen Regeln.

Europaweit klare und verständliche Rechte für Angeklagte

Die Rechte von Menschen, die angeklagt oder verdächtigt werden, sollen europaweit gestärkt werden. Die Richtlinie, die das Parlament im Dezember 2011 zustimmte, sieht eine schriftliche Erklärung der Rechte vor, die den Angeklagten in einfachen Worten über seine Rechte aufklärt, was vor allem für Angeklagte, die der Landessprache nicht mächtig sind, eine wichtige Verbesserung zum Status Quo darstellt. Dies beinhaltet auch das Recht auf Übersetzung und auf einen Anwalt. Weiterhin sprachen sich die Abgeordneten dafür aus, dass den Angeklagten das Recht auf notärztliche Versorgung und auf einen Besuch der Angehörigen zugebilligt werden sollte.

Erweiterung: Kroatien wird im Sommer 2013 das 28. EU-Mitglied

Nachdem sich am 22. Januar 2012 die Mehrheit der kroatischen Bevölkerung im Zuge eines Referendums für den Beitritt ihres Landes zur EU ausgesprochen hat, steht der Vollmitgliedschaft Kroatiens nichts mehr im Wege. Nach über sechsjährigen Beitrittsverhandlungen, deren Abschluss zwischendurch aufgrund eines Grenzstreits von Slowenien blockiert worden war, hatten die Staats- und Regierungschefs der EU sowie die kroatische Regierung bereits am Rande des Ratsgipfels im Dezember 2011 die Beitrittserklärung Kroatiens zur EU unterzeichnet. Auch das EU-Parlament hatte im Dezember mit breiter Mehrheit seine Zustimmung zu dem Beitritt erteilt. voraussichtlich am 01. Juli 2013, wenn alle Mitgliedstaaten der EU den Beitritt ratifiziert haben.

Dänische Präsidentschaft: viele Herausforderungen und ein ambitioniertes Programm

Am 17. Januar 2012 stellte die dänische Ministerpräsidentin und EU-Ratspräsidentin Helle Thorning-Schmidt das Arbeitsprogramm der dänischen Präsidentschaft vor. Haushaltsdisziplin, Wirtschaftswachstum, grüne Wirtschaftspolitik und die Sicherheit der Bürger Europas sollen die Schwerpunkte der sechsmonatigen Präsidentschaft bilden. Weiterhin betonte Thorning-Schmidt, dass die Krise nur durch mehr Europa überwunden werden könne.

Ungarns Premier Orban stellt sich dem Parlament anlässlich Vorwürfen der Verletzung demokratischer Grundrechte

Einen Tag nach der Ankündigung der Europäischen Kommission, gegen Ungarn ein Vertragsverletzungsverfahren einzuleiten, stellte sich Premier Orban am 18. Januar 2012 dem Europäischen Parlament. Konkret geht es um drei Gesetze im Zusammenhang mit der Verfassungsänderung, die von der Kommission als nicht vereinbar mit den europäischen Grundrechten angesehen werden. Die Kommission sieht die Unabhängigkeit der nationalen Zentralbank, der Justiz und der nationalen Datenschutzbehörde verletzt. In seiner Rede verteidigte Orban die Gesetze zwar, betonte aber, die Bedenken in kürzester Zeit auszuräumen.

Bessere Entsorgung und Wiederverwertung von Elektroschrott

Mit der Verabschiedung der sogenannten WEEE-Richtlinie in zweiter Lesung haben sich die Abgeordneten im Januar für ehrgeizige Sammelraten für Elektroschrott ausgesprochen. Elektronikwarengeschäfte werden damit zur Annahme kleinerer Altgeräte (z.B. Handys) verpflichtet, ohne dass der Verbraucher dafür ein neues Gerät erwerben muss. Darüber hinaus sieht die novellierte Richtlinie schärfere Kontrollen bei der illegalen Ausfuhr von E-Schrott vor, um dessen Weiterverarbeitung in Drittländern unter gefährlichen Bedingungen zu unterbinden. Schließlich enthält die Richtlinie noch Maßnahmen zum Abbau von Bürokratie für die Hersteller von Elektronikwaren. Damit die Richtlinie in Kraft tritt, muss der Rat der Einigung noch zustimmen zugestimmt. Danach haben die Mitgliedsstaaten 18 Monate Zeit, die Regeln in nationales Recht umzusetzen.

Strengere Regeln für Schädlingsbekämpfungsmittel

In der EU neu eingeführte Schädlingsbekämpfungsmittel sollen wirksam und sicher sein. Die überarbeitete Biozid-Verordnung, der das Parlament am 19. Januar 2012 in zweiter Lesung zugestimmt hat, sieht bessere Sicherheitskontrollen und Zulassungsverfahren vor, damit die öffentliche Gesundheit und die Umwelt besser geschützt werden und die Regeln im Binnenmarkt vereinheitlicht werden. Mit dem Gesetz ist die Zulassung gesundheitsschädlicher Substanzen verboten bzw. nur in Ausnahmefällen auf der Basis strenger Regeln erlaubt. Außerdem sollen Tierversuche durch Datenaustausch reduziert und Schlupflöcher wie die bisherige Nichtabdeckung mit Bioziden behandelte Waren gestopft werden.

Pressemitteilungen:

1.) 10.11.2012: Urteil des Bundesverfassungsgerichts: Fünf-Prozent-Sperrklausel im Europawahlrecht verfassungswidrig

Dazu erklärte Reimer Böge: „Wir haben die Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts zu respektieren. Gleichwohl gehört diese nicht zu den besonders zielführenden Entscheidungen. Sie wird den besonderen Bedingungen in den europäischen Institutionen nicht gerecht. Das Sondervotum der Richter Di Fabio und Mellinshoff begrüße ich ausdrücklich. Dem ist nichts hinzuzufügen. Im Übrigen hat auch der frühere Verfassungsrichter Prof. Klein, welcher Berichterstatter zum Maastricht-Urteil war, kürzlich einen sehr wegweisenden Kommentar zum europäischen Integrationsprozess und der Rolle des Europäischen Parlaments veröffentlicht.“

Hintergrund:

Der Zweite Senat des Bundesverfassungsgerichts hat mit seinem Urteil vom 9. November entschieden, dass die bei der Europawahl 2009 geltende Fünf-Prozent-Sperrklausel unter den gegenwärtigen Verhältnissen gegen die Grundsätze der Wahlrechtsgleichheit und der Chancengleichheit der politischen Parteien verstößt, und daher die der Sperrklausel zugrunde liegende Vorschrift des 2 Abs. 7 Europawahlgesetz für nichtig erklärt. Die Karlsruher Richter begründeten ihr Urteil (5:3 Stimmen) damit, dass die Funktionsfähigkeit des EU-Parlaments (EP) durch den möglichen Einzug von kleineren Parteien aus Deutschland nicht beeinträchtigt würde. Aus der Ausgestaltung der Rolle des EP in den EU-Verträgen ergebe sich keine Notwendigkeit eines Eingriffs in die Wahl- und Chancengleichheit.

Die Richter Di Fabio und Mellinshoff haben die Entscheidung in Ergebnis und Begründung nicht mitgetragen. In einem Sondervotum brachten sie zum Ausdruck, dass die Fünf-Prozent-Sperrklausel sachlich gerechtfertigt sei, um für das deutsche Kontingent eine zu weitgehende Zersplitterung der im EP vertretenen politischen Parteien zu verhindern. Neben Sperrklauseln gebe es in den nationalen Wahlsystemen der EU auch wahltechnische Ausgestaltungen, die ohnehin zu Differenzen in der Erfolgswertgleichheit führten. Die isolierte Aufhebung der deutschen Fünf-Prozent-Sperrklausel stelle daher im europäischen Umfeld einen Sonderweg. Jede weitere politische Fragmentierung erhöhe den zeitlichen und personellen Aufwand der Konsensführung und verkleinere größere politische Richtungen mit Wiedererkennungswert für die Wähler. Dem Gesetzgeber müsse, gerade vor dem Hintergrund, dass sich das EP nach Inkrafttreten des Vertrages von Lissabon in einer neuen Entwicklungsphase befinde, ein Beurteilungsspielraum für Funktionsrisiken zugebilligt werden.

2.) 01.12.2011: EU-Haushalt 2012: Einigung der Vernunft

Mit breiter Mehrheit stimmte heute das Plenum des Europäischen Parlaments (EP) in Brüssel für den EU-Haushalt 2012. Die Abgeordneten stimmten für das Verhandlungsergebnis, das eine Delegation des Haushaltsausschusses nach intensiven Verhandlungen mit Rat und Kommission erreicht hatte.

Der EU-Haushalt wird im nächsten Jahr um weniger als 2% steigen, so der Kompromiss. Der gesamte Haushalt 2012 wird 129,1 Milliarden Euro (tatsächliche Zahlungen) betragen, 1,86% mehr als 2011. Die Zahlungsverpflichtungen (Teile davon werden erst nach 2012 ausgezahlt) werden sich auf 147,2 Milliarden Euro belaufen.

"Dieser Haushalt zeigt, dass sich die EU-Institutionen in schwierigen Zeiten auf ein Budget einigen können, das Haushaltsdisziplin und Wachstumsinvestitionen vereint. Der EU-Haushalt 2012 ist ein Haushalt der Vernunft", bewertete der Europaabgeordnete Reimer Böge (CDU) das Verhandlungsergebnis.

"Überaus kritisch ist die wachsende Kluft zwischen Zahlungen und Verpflichtungen zu sehen", so Böge weiter. "Wir müssen nun zum Ende des aktuellen Mehrjahresfinanzrahmens darauf achten, dass Kommission und Rat auch wirklich den Verpflichtungen nachkommen, die sie eingegangen sind."

3.) 13.12.2011: Erklärung einiger Mitgliedstaaten zu ITER ist eine Provokation

Mit breiter Mehrheit stimmten die Europaabgeordneten (581 Ja-Stimmen, 102 Nein-Stimmen, 16 Enthaltungen) heute in Straßburg für die Nachfinanzierung des Fusionsreaktors ITER. Der Abstimmung vorausgegangen waren schwierige Verhandlungen zwischen Rat, Kommission und Europäischem Parlament (EP).

Die wichtigsten Eckpunkte der Einigung über 1,3 Milliarden Euro sind:

- 100 Millionen Euro stammen aus den Haushaltslinien für ITER aus dem Haushaltjahr 2012.
- Die Obergrenze der Verpflichtungsermächtigungen in Haushaltskategorie 1a (Wettbewerbsfähigkeit für Wachstum und Beschäftigung) wird für die Jahre 2012 und 2013 um insgesamt 840 Millionen Euro angehoben. Im Gegenzug werden die Verpflichtungsermächtigung von 650 Millionen Euro aus dem Haushalt 2011 und 190 Millionen Euro aus dem

Haushalt 2012 abgesenkt. Diese Mittel entstammen den Haushaltskategorien 2 (Landwirtschaft) und der Haushaltskategorie 5 (Verwaltung).

- 360 Millionen Euro kommen aus Mitteln, die im EU-Haushalt 2013 innerhalb der Obergrenzen des Mehrjahresfinanzrahmens bereitzustellen sind. Dies soll unter Nutzung aller Möglichkeiten der Haushaltsordnung und der Interinstitutionellen Vereinbarung mit Ausnahme von Haushaltsrevisionen ermöglicht werden.

"Das Europäische Parlament hat sich mit seinem heutigen Votum klar zum ITER als ein wichtiges Gemeinschaftsprojekt mit europäischem und internationalem Mehrwert bekannt", so der zuständige Berichterstatter Reimer Böge (CDU).

"Der Rat hat zwar einstimmig, bei drei Enthaltungen die Nachfinanzierung gebilligt. Aber gleichzeitig haben sechs Mitgliedstaaten (DE, FR, AT, UK, NL, SV) in einer Erklärung das Verhandlungsergebnis politisch eingeeengt. Sie wollen damit, mit einer blockierenden Minderheit, für die 2013 anstehenden Verhandlungen einseitige Vorfestlegungen treffen, die weder Geist noch Inhalt des Trilog-Ergebnisses entsprechen. Das ist eine Provokation des Parlaments. Deshalb musste das Parlament entsprechend reagieren. Auf einstimmigen Vorschlag des Haushaltsausschusses hat das Parlament Rat und Kommission aufgefordert, die politischen Vereinbarungen voll zu ganz zu respektieren und dementsprechend zu verhandeln. Anderenfalls könne das Parlament die vorgesehenen Mittel von 360 Millionen Euro für das Haushaltsjahr 2013 nicht garantieren“, stellte Reimer Böge abschließend klar.

4.) 18.01.2012: Reimer Böge erzielte erneut das beste Ergebnis bei der Wahl zum stellv. Vorsitzenden der CDU/CSU-Gruppe im Europäischen Parlament

Bei den heutigen Wahlen der stellvertretenden Vorsitzenden der CDU/CSU-Gruppe im Europäischen Parlament erhielt der schleswig-holsteinische Europaabgeordnete Reimer Böge erneut das beste Ergebnis. Gestern wurde bereits Herbert Reul, Europaabgeordneter für das Bergische Land, im Rahmen der Halbzeitwahlen der Legislaturperiode des Europäischen Parlaments (EP) zum neuen Vorsitzenden der CDU/CSU-Gruppe im EP gewählt. Er übernahm den Staffelstab von Werner Langen, der den Vorsitz seit 2006 inne hatte und nicht wieder kandidierte. Als Co-Vorsitzender wurde Markus Ferber (CSU) bestätigt.

Die Gruppe der CDU/CSU-Mitglieder ist mit 42 Mitgliedern die größte nationale Delegation innerhalb der Fraktion des Europäischen Volkspartei (EVP).



Bild 3: Reimer Böge im Gespräch mit Bill Gates zur internationalen und europäischen Entwicklungshilfepolitik der EU (24.01.2012)

(Foto: Büro Böge)



Bild 4: Reimer Böge mit Bestsellerautor Frank Schätzing, Staatssekretärin Dr. Cordelia Andreßen, Wirtschaftsministerium SH, Dr. Dorothee Stapelfeldt, 2. Bürgermeisterin und Senatorin für Wissenschaft und Forschung in Hamburg und Prof. Peter Herzig, Direktor GEOMAR Kiel (v.r.n.l.), anlässlich der Ausstellungseröffnung "Our Blue Future" im EU-Parlament (24.01.2012)
(Foto: Büro Böge)

Grenzüberschreitende Konferenz zur Reform der Gemeinsamen Agrarpolitik in Tondern

Am 13.01.2012 diskutierte Reimer Böge auf Einladung des Landwirtschaftlichen Hauptvereins für Nordschleswig im süddänischen Tondern gemeinsam mit den dänischen EU-Abgeordneten Anne Jensen und Christel Schaldemose, der schleswig-holsteinischen Landwirtschaftsministerin Dr. Juliane Rumpf, dem Direktor für ländliche Entwicklung in der EU-Kommission, Mihail Dumitru, sowie Vertretern aus der Landwirtschaft der Grenzregion vor rund 250 Konferenzteilnehmern die Vorschläge der Kommission zur zukünftigen Agrarpolitik nach 2013.

Im Zuge des Gesetzgebungsverfahrens, in dem das Parlament erstmals gleichberechtigt auftritt, müssten die Kommissionsvorschläge nachgebessert werden. So kritisierte Böge die Aufteilung der ersten Säule in eine Basis- und eine Greeningprämie und sprach sich für mehr regionale Flexibilität und Wahlfreiheit für die Landwirte bei den Einzelmaßnahmen aus. Den Sonderstatus für Ökobetriebe bei den Greening-Maßnahmen nannte er eine Provokation. Obwohl eine gemeinsame Agrarpolitik richtig sei, warnte Böge aber zugleich vor einer zu starken Harmonisierung, die eine flexible Anpassung an regionale Unterschiede nicht mehr zulasse. Im Hinblick auf das Gesamtbudget halte das Parlament gegenüber dem Rat an der Forderung einer Beibehaltung der absoluten Zahlen fest. Von Mitgliedsstaaten, die den Haushalt auf 1 % des Bruttonationaleinkommens festschreiben wollen, forderte Böge die Definition von Posten, die gestrichen werden könnten. Angesichts der Situation der öffentlichen Haushalte bedauerte Böge, dass private Kofinanzierung in der ländlichen Entwicklung von den aktuellen Vorschlägen nicht vorgesehen werde.

Terminauswahl: (Rück- und Ausblick)

16.11.2011	Gespräch mit dem zypriotischen Botschafter bei der EU, Straßburg
16.11.2011	Gespräch mit der irischen Europaministerin, Lucinda Creighton, Straßburg
16.11.2011	Gespräch mit dem dänischen Europaminister, Nicolai Wammen, Straßburg
16.11.2011	Gespräch mit dem schwedischen Botschafter bei der EU, Dag Hartelius, Straßburg
18.11.2011	Haushaltskonzertierung mit dem Europäischen Rat, Brüssel
22.11.2011	Meinungsaustausch mit MP Bouffier, Brüssel
23.11.2011	Veranstaltung zur Fischereipolitik auf Einladung von Ulrike Rodust und dem WWF, Brüssel
24.11.2011	Europa-Union in Zusammenarbeit mit Akademie Ländliche Räume, Flintbek
25.11.2011	Europawerkstatt zum Thema Reform der Agrarpolitik, Treia
28.11.2011	Lionsclub Husum, Husum
29.11.2011	Rede bei einer gemeinsamen Veranstaltung des Hanseoffice und der Hans Seidel Stiftung zur dänischen Ratspräsidentschaft
29.11.2011	Gespräch mit dem sächsischen Regierungskabinett einschließlich Ministerpräsident Stanislaw Tillich, Brüssel
30.11.2011	Gespräch mit dem hessischen Finanzminister, Dr. Thomas Schäfer, Brüssel
01.12.2011	Verhandlungen mit dem Rat und der Kommission zur Finanzierung des ITER-Fusionsreaktors, Brüssel

07.12.2011	bilaterales Treffen von Vertretern des Unterausschusses Europa des Haushaltsausschusses im Bundestag mit EU-Abgeordneten des Haushaltsausschusses im EU-Parlament, Brüssel
13.12.2011	Gespräch mit dem australischen Botschafter bei der EU, Nelson, Straßburg
14.12.2011	Gespräch mit dem dänischen Finanzminister Bjarne Corydon, Straßburg
13.01.2012	Grenzüberschreitende Konferenz zur Reform der Gemeinsamen Agrarpolitik des Bauernverbandes SH, Tondern
16.-19.01.2012	Plenum in Straßburg mit Wahlen des Parlamentspräsidenten, des Präsidiums, der Ausschussobleute, des Fraktions- und Gruppenvorstands
17.01.2012	Gespräch mit der ungarischen EU-Ministerin Eniko Györi, Straßburg
17.01.2012	Gespräche mit EU-Haushaltskommissar Janusz Lewandowski, Straßburg
20.01.2012	Termin mit dem Unterausschuss Europa des Haushaltsausschusses des Bundestags, Berlin
20.-23.01.2012	Grüne Woche, Berlin
24.01.2012	Gespräch mit Bill Gates zur Zukunft der internationalen und europäischen Entwicklungspolitik, Brüssel
24.01.2012	Ausstellungseröffnung "Our Blue Future" des Konsortiums Deutsche Meeresforschung im EU-Parlament, Brüssel
25.01.2011	Gespräch mit Pan-afrikanischem Parlament, Brüssel
26.01.2012	Gespräche mit der Triopräsidentschaft des Rats zum Finanzrahmen anlässlich der Sitzung des Allgemeinen Rats, Brüssel
27.01.2012	Schülergespräch Eckener Schule, Flensburg
27.01.2012	Landesvorstandssitzung der CDU Schleswig-Holstein in Kiel
31.01.2012	Teilnahme am Europäischen Think Tank Dialog, Brüssel
01.02.2012	Gespräch mit dem Berichterstatter des Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschusses, zum Finanzrahmen, Brüssel
01.02.2012	Gespräch mit Bundestagspräsident Prof. Dr. Lammert, Brüssel
01.02.2012	Gespräch mit Volontären norddeutscher Regionalmedien, Brüssel
02.02.2012	Gesprächsrunde mit dem Staatssekretär im Bundeslandwirtschaftsministerium, Dr. Robert Kloos, zur GAP-Reform, Brüssel
02.02.2012	Kreisvorstandssitzung CDU Segeberg, Henstedt-Ulzburg
03.02.2012	Schülergespräch mit dem Kurs Wirtschaftspolitik der 12. Klasse der Alexander-von-Humboldt-Schule, Neumünster
09.02.2012	Euro-Podiumsdiskussion, CDU-KV Pinneberg, Bürgerhaus in Appen
10./11.02.2012	CDU-Klausurtagung, Ahrensburg
12.02.2012	Agrarfrühschoppen Verein landw. Fachschulabsolventen, Leezen
20.02.2012	Agrarveranstaltung Kreisbauernverband Rendsburg-Eckernförde, Hohenwestedt
21.02.2012	Schülergespräch, Ravensbergschule Kiel
23.02.2012	Europa-Podiumsdiskussion, CDU-KV Rendsburg-Eckernförde, Rendsburg

Für weitere Informationen:

<http://www.reimerboege.de>

<http://www.eppgroup.eu/home/de/default.asp?lg1=de>

<http://www.europarl.europa.eu/>

Impressum:

Verantwortlich i.S.d.P. für diese Seiten:

Claudia Rubach

Tel: 00322/ 2847326

Fax: 00322/ 2849326

Email: clau-

dia.rubach@europarl.europa.eu

Internet: <http://www.reimerboege.de>

Europäisches Parlament
Rue Wiertz - ASP 15 E 252
B - 1047 Brüssel

Tel: 0032-2-2845326
Fax: 0032-2-2849326
reimer.boege@europarl.europa.eu

Europabüro Reimer Böge, MdEP
CDU-Landesverband
Sophienblatt 44-46
D - 24114 Kiel

Tel.: 0431-6 60 99 25
Fax: 0431-6 60 99 27
Email: info@reimerboege.de
Internet: www.reimerboege.de